

Wien Energie GmbH | 1030 Wien | Postfach 500

Energie-Control Austria

Rudolfsplatz 13a
A-1010 Wien

per Mail:
tarife@e-control.at

Geschäftsführung

Kontakt: Mag. Gabriele Maderbacher-Brock

Telefon: +43 (0)1 4004-31600

Fax: +43 (0)1 4004-9931600

gabriele.maderbacher@wienenergie.at

Datum: 25. November 2011

Stellungnahme der Wien Energie GmbH zum Begutachtungsentwurf Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012. Die Wien Energie GmbH nimmt dazu wie folgt Stellung:

Grundsätzliche Anmerkungen:

Österreichische Erzeuger haben bereits jetzt Wettbewerbsnachteile gegenüber ausländischen Erzeugern.

Im internationalen Vergleich sind die Netzkosten überdurchschnittlich hoch. Beschränkt man sich auf die für unsere Preiszone (Deutschland/Österreich) relevanten Anrainerstaaten, so nimmt Österreich bereits jetzt die unangefochtene Spitzenstellung ein.

Durch die neuerliche Erhöhung der Netzkosten würden die Wettbewerbsnachteile noch größer. Damit wird die innerösterreichische Erzeugung aus dem Europäischen Markt gedrängt. Die Stromimporte und der Atomstromanteil steigen. Dies widerspricht eindeutig den politischen Bestrebungen atomstromfrei zu sein. Weiters wirken sich die hohen Netzkosten negativ auf die Versorgungssicherheit aus.

Die Ziele, den Anteil der erneuerbaren Energien beträchtlich zu erhöhen und deren Integration zu ermöglichen, werden in Österreich noch schwerer zu erreichen sein. Der Förderbedarf wird steigen.

Die Nachteile sind umfassend, sodass wir uns gegen die geplante Erhöhung der Netzkosten für Erzeuger aussprechen.

Zu § 8 – Bestimmung des Systemdienstleistungsentgelts

Der Entwurf der Systemnutzungsentgelte Verordnung sieht eine drastische Erhöhung des Systemdienstleistungsentgelts für Einspeiser, einschließlich Kraftwerksparks vor. Dies führt zu wesentlichen Nachteilen für den österreichischen Kraftwerkspark, wie in den grundsätzlichen Anmerkungen erwähnt.

Zu § 6 – Bestimmung des Netzverlustentgelts

In § 6 Entwurf zur Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012 (Entwurf SNT-VO 2012) wird die Bestimmung des Netzverlustentgelts festgehalten.

Die Bedenken im Hinblick auf die Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit der Bestimmungen zum Netzverlustentgelt (NVE), bestehen auch nach Aufhebung der §§ 25 Abs 1 Z1 und 3, 25 Abs 4 und 25 Abs 12 EIWOG aF durch den VfGH (G3/11 ua) und Neuregelung im nunmehrigen § 53 EIWOG 2010 seitens WIEN ENERGIE fort.

Seit Einführung der Systemnutzungstarife war die Auferlegung des Netzverlustentgelts ausschließlich an Verbraucher vorgesehen. Diese Systematik wurde ab 2009 insofern gebrochen, als auch Stromerzeugern die Zahlung von NVE aufgetragen wurde. Das aus dem Gleichheitssatz abgeleitete Sachlichkeitsgebot verbietet es dem Gesetzgeber Regelungen ohne sachliche Begründung zu erlassen. Mit dem willkürlich vorgenommenen Systembruch überschreitet der Gesetzgeber seinen rechtspolitischen Gestaltungsspielraum und tut dies nach wie vor, sodass § 53 EIWOG 2010 und damit in Folge auch § 6 Entwurf zur SNT-VO 2012 verfassungsrechtlich bedenklich scheint. Die Erläuterungen zur SNT-VO lassen weder die Motivationsgründe, für einen solchen Systemwechsel erkennen noch wird darauf eingegangen, wie der dadurch bewirkte Nachteil im internationalen Wettbewerb, dem sich österreichische Kraftwerksbetreiber durch die zusätzliche Mehrbelastung konfrontiert sehen, zu rechtfertigen ist.

Im direkten Vergleich mit Erzeugern aus benachbarten Staaten, denen derartigen Kosten nicht aufgetragen werden, werden inländische Erzeuger benachteiligt. Diese Kostenbelastungen österreichischer Stromproduzenten sind daher nicht nur Hemmnisse für künftige Kraftwerksinvestitionen, sondern können auch zu einer Erhöhung von Stromimporten führen, wenn thermische Kraftwerke und Kraft- Wärme- Kopplungsanlagen zu bestimmten Zeiten nicht wirtschaftlich betrieben werden können und daher vom Netz genommen werden müssen. Unter bestimmten Voraussetzungen könnte dies letztlich auch zu zeitlich begrenzten Engpässen führen.

Darüber hinaus widerspricht die Zahlung des NVE durch Erzeuger insbesondere § 4 Z 5 EIWOG 2010, welches als Gesetzesziel "die Weiterentwicklung der Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energiequellen zu unterstützen" sowie auch dem Ziel des Ökostromgesetzes, die "Investitionssicherheit für bestehende und neue Anlagen zu gewährleisten" (§ 4 Abs 1 Z 1 ÖSG).

§ 6 Entwurf SNT-VO 2012 erweist sich auch in Bezug auf die Tariffestsetzung als gesetzwidrig, da hinsichtlich der Höhe des Tarifs keine sachlich gebotene Differenzierung zwischen Entnehmern und Einspeisern erfolgt. Ohne jegliche sachliche Begründung wird undifferenziert ein Netzverlustentgelt in derselben Höhe für Entnehmer wie für Erzeuger vorgeschrieben. Dies ist nicht nachvollziehbar und wird in den Erläuterungen zum Entwurf auch nicht näher ausgeführt.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Argumente und stehen für Rückfragen oder weiterführende Diskussionen jederzeit sehr gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Wien Energie GmbH